Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsschluß Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1350. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 268. Freitag, 16. November 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Aussprache über den Panzerkreuzer im Reichstage.

Eine Erklärung des Reichskanzlers. — Verteidigungsrede des Reichswehrministers.

vdz. **Berlin**, am 15. November, 8 Uhr nachm.

Bei überfüllten Tribünen und voll besetztem Saale eröffnet **Präsident Löbe** die Sitzung, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Beratung der kommunistischen Interpellation des sozialdemokratischen und kommunistischen Antrages gegen den

Bau des Panzerkreuzers A

steht.

Damit verbunden wird der heute eingegangene **Antrag der Wirtschaftspartei** auf Vorlegung eines umfassenden Marinebauprogramms und vorläufige Aussetzung des Panzerkreuzers A.

Dazu kommt noch ein **Antrag der Deutschnationalen**, die Reichsregierung möge alle uns durch das Versailler Diktat belassenen Rüstungsmöglichkeiten ausnutzen, und schließlich ein Antrag der Nationalsozialisten, die 2½ Milliarden Jahres-Dawestribute zur Stärkung der deutschen Wehrmacht, insbesondere für den strittigen Panzerkreuzer A, zu verwenden.

Abg. **Stöcker** (Komm.) beantragt, auch einen kommunistischen Antrag mit der Beratung zu verbinden, in dem die Verteilung der Denkschrift verlangt wird, die der Reichswehrminister vorgelegt habe, um die Vorausnahme weiterer Mittel für den Panzerkreuzerbau über die bewilligte Rate hinaus zu rechtfertigen.

Abg. Wels (Soz.)

begründet den sozialdemokratischen Antrag: **„Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt"**. Dieser Antrag sei die einfache Konsequenz aus dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen, bei denen die große Mehrheit der Wähler sich gegen den bisherigen Kurs und damit auch gegen den Panzerkreuzer-Beschluß des letzten Reichstages entschieden habe. Diese Entscheidung werde auch nicht beeinträchtigt durch den kläglichen Ausfall des kommunistischen Volksbegehrens. Das Parlament ist frei und an Beschlüsse des verflossenen Reichstages nicht gebunden, wie es vielleicht die Regierung ist (Lachen rechts und bei den Komm.). Wenn der Reichswehrminister der Entscheidung des Parlaments vorgegriffen und Aufträge von mehr als 30 Millionen über die bewilligte Rate hinaus erteilt hat, so steht dieser Fall als Präzedenzfall da (Lärm und Lachen rechts). Der Wehrminister mußte wissen, daß es sich hier nicht um eine etatrechtliche, sondern um eine höchst politische Frage handelte. Er wußte, welche Rolle die Panzerkreuzerfrage auch im letzten Wahlkampf gespielt hat. (Lachen und Lärm rechts. Zurufe von den Nat.-Soz., Abg. Dr. Göbbels (Nat.-Soz.) erhält einen Ordnungsruf.) Wenn der Reichswehrminister durch sein Vorgehen uns in eine Zwangslage bringen wollte, so sagen wir ihm, daß die Sozialdemokratische Fraktion sich diesem Zwang nicht fügen wird (Lärm rechts, Abg. Göbbels (Nat.-Soz.) erhält den zweiten Ordnungsruf). Unser Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues richtet sich nicht gegen die Reichswehr. Wir wollen die Reichswehr erhalten, um sie zu einem zuverlässigen Instrument der Deutschen Republik zu machen (Lärm und Gelächter rechts).

Unser Antrag entspricht dem Willen zur Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit. Vizeadmiral v. Halfter und die meisten übrigen Marine-Kenner haben bezeugt, daß ein Panzerkreuzer vom Typ des A ein ganz unbrauchbares Verteidigungsmittel für uns wäre. Im Kampf mit einer modernen Seemacht wäre dieses Schiff nur eine Schießscheibe, die ohne jede Abwehrmöglichkeit von einem Linienschiff mit einem einzigen Schuß versenkt werden kann. Selbst unser politischer Gegner, der Kapitän Ehrhardt, bezeichnet den Bau eines solchen Schiffes als eine nutzlose militärische Spielerei, um die bürgerliche Gefühlspolitik zu befriedigen. (Hört! Hört!) Was hat es denn für einen Sinn, einen unvollkommenen Schiffstyp mit schweren Geldopfern herauszubringen, nur weil das Versailler Diktat ihn uns aufgezwungen hat? Wir haben ein Loch von 600 bis 700 Millionen im Etat. Wir haben alle verfügbaren Mittel nötig, um das furchtbare Elend unseres Volkes zu lindern. Ich verweise auf die erschütternden Schilderungen, die der Schriftsteller Klötzel im „Berl. Tageblatt" von den entsetzlichen Zuständen im Waldenburger Hungergebiet gegeben hat. (Als der Redner Stellen aus diesen Schilderungen verliest, kommen von den Kommunisten wiederholt Rufe: „Heuchler!" Der Abg. Hertz (Komm.) wird vom Präs. Löbe wegen fortgesetzter Störungen zweimal zur Ordnung gerufen.)

Abg. Wels schildert dann die Not der ostpreußischen Landwirtschaft und meint: Für die Kosten des Panzerschiffes können in Ostpreußen 30 000 bis 40 000 Bauern angesiedelt werden. Diese Menschen wären ein besserer Schutz der Ostgrenze als ein im Ernstfalle militärisch unbrauchbares Paradeschiff! Solange in Berlin und anderen Gebieten die Wohnungsnot noch einen so furchtbaren Umfang hat, solange die Gesundheitsverhältnisse im Proletariat so jammervoll sind wie jetzt, solange dürfen die Mittel der Steuerzahler nicht diesen dringendsten Aufgaben entzogen und für militärische Spielereien vergeudet werden.

Wenn Sie (nach rechts) solche Schiffe haben wollen, so sammeln Sie selbst dafür einen neuen Wehrbeitrag! Die furchtbare Not des Volkes darf nicht die Hellinge sein, auf die das Panzerschiff gelegt wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Präsident Löbe teilt mit, daß **von den Demokraten ein neuer Antrag eingegangen** sei, in dem die Regierung ersucht wird, vor der Beschlußfassung über die zweite Rate ein **in sich geschlossenes marinetechnisch begründetes Ersatzbauprogramm** für die ausfallenden Schiffe der Reichsmarine vorzulegen.

Von den **Kommunisten** ist die sofortige Abstimmung über ihren Antrag auf Vorlegung der Denkschrift des Reichswehrministers verlangt worden.

Reichskanzler Müller (von den Kommunisten mit dem Ruf „Panzermüller" empfangen) erklärt: 1. Es ist nicht richtig, daß in dieser Denkschrift irgendwelche Auseinandersetzungen enthalten sind über die Vergebung von Lieferungen im Betrage von 82 Millionen.

2. Die Denkschrift enthält Ausführungen über die Landesverteidigung, die dem Reichskabinett gemacht worden sind und ihrer ganzen Anlage nach sich nicht zur Weitergabe eignen (Lärm bei den Komm.).

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Abg. **Heckert** (Komm.) begründet hierauf die **kommunistische Interpellation.** Das Panzerschiff A sei keineswegs ein wertloses Spielzeug, sondern eine militärisch sehr wirksame Waffe, aber es sei bestimmt, als Waffe der kapitalistisch-imperialistischen Mächte, die Deutschland für sich gewinnen wollen, gegen die russische Sowjet-Union. Die Regierung Müller habe nichts gegen den Anschluß der deutschen Bankiers an den antirussischen Petroleumtrust getan, obwohl dieser Anschluß ein Vorstoß gegen den deutsch-russischen Rapallo-Vertrag ist. Die Sozialdemokratie unternehme nichts dagegen, daß das Proletariat an den Fäden des Trusts und der Militärs zappelt. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau könne mit faulen Ausreden nicht verteidigt werden. Die Sozialdemokratie werde in der Koalition bleiben, auch wenn tausend Panzerkreuzer gebaut werden. (Klatschen bei den Komm.)

Reichskanzler Müller:

Ich habe in Beantwortung der kommunistischen Interpellation **namens der Reichsregierung** folgende **Erklärung** abzugeben:

Die Bewilligung der ersten Rate für den Bau des Panzerkreuzers A ist durch Reichstag und Reichsrat bereits mit der Verabschiedung des Reichshaushalts für das Jahr 1928 erfolgt. Beide Körperschaften haben sich durch die Annahme des Reichshaushaltsgesetzes für den Bau des Panzerschiffes ausgesprochen.

Der Reichsrat hatte zunächst mit 36 gegen 23 Stimmen die Streichung der Ansätze für den Neubau des Panzerschiffes in Höhe von zusammen 9,8 Millionen RM. beschlossen. Nachdem der Reichstag aber mit Mehrheit die beantragten Ansätze für den Bau des Panzerschiffes A bewilligt hatte, trat der Reichsrat dem bei, indem er darauf verzichtete, durch seinen Einspruch die Verabschiedung des Etats für 1928 zu verhindern.

Die vom Bevollmächtigten der preußischen Staatsregierung vorgeschlagene und vom Reichsrat am gleichen Tage angenommene Entschließung sieht lediglich eine nochmalige Nachprüfung der finanziellen Möglichkeit der Inangriffnahme des Baues vor. In der Entschließung ist dann auch ausdrücklich der alsbaldigen Vornahme der reinen Konstruktionsarbeiten zugestimmt worden.

Die Reichsregierung hatte nach der Entschließung des Reichsrats eine Entscheidung nur noch hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten getroffen. Eine Prüfung durch das Kabinett hat ergeben, daß für den laufenden Etat 1928 durch die Verausgabung der Mittel für die erste Baurate keine Schwierigkeiten entstanden. Danach war die Genehmigung zur Vergebung der Lieferungen, die nach der Entschließung des Reichsrats nicht vor dem 1. September 1928 erfolgen sollte, zu erteilen. Materiell handelte es sich für das Kabinett damals nur um diese Entscheidung.

Im Hinblick auf die kommenden Jahre hat das Reichskabinett in finanzieller Hinsicht festgelegt, daß künftige Ersatzbauten der Marine nur innerhalb der Höhe des Marineetats für 1928 ausgeführt werden dürfen.

Es wurde mit voller Zustimmung des Reichswehrministers sichergestellt, daß die durch den Bau des Panzerschiffes A entstehenden Mehrausgaben durch entsprechende Ersparnisse bei sonstigen Ersatzbauten wiedereingebracht werden.

Damit war der vom Reichsrat angenommenen Entschließung Genüge geschehen. — Es ist richtig, daß über die erste Rate hinaus Aufträge im Betrage von 82 Millionen vergeben worden sind. Das liegt im Rahmen des § 24 der Reichshaushaltsordnung. Selbstverständlich kann ein Schiff nur im ganzen vergeben werden, und ebenso die dazu gehörigen Maschinen. Jedenfalls sind Ausgaben über die bewilligte Rate hinaus nicht erfolgt.

Von dem Abg. Heckert ist auch die Behauptung aufgestellt worden, daß dieses Panzerschiff gegen Rußland gebaut wird und daß diese Politik gegen den Sinn des Rapallo-Vertrages verstoße. Die Reichsregierung steht durchaus auf dem Boden des Rapallo-Vertrages und des Berliner Vertrages. Im übrigen werde ich diese Behauptung nicht ernst nehmen, solange sie mir nicht von dem russischen Botschafter vorgetragen wird. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut! Der russische Botschafter Krestinski, der sich in der Diplomatenloge befindet, lächelt.)

Reichswehrminister Groener

wird, als er die Rednertribüne betritt, von den Kommunisten mit lauten Zurufen: „Hundsfott!" empfangen. Vizepräsident Gräf erteilt einige Ordnungsrufe.

Reichswehrminister Groener erklärt, er wolle die ganze Frage rein sachlich betrachten. **Die Reichswehr müsse aus der Politik herausgebracht werden. Das sei nur möglich, wenn es ihm gelinge, die Parteien von der sachlichen Berechtigung seiner Forderungen zu überzeugen.** Der Minister untersucht zunächst die Frage, **ob wir eine Marine nötig haben. Ich bejahe diese Frage aus vollster Ueberzeugung,** wie sie mit mir der überwiegende Teil des Deutschen Volkes bejaht. Maßgebende Gründe dafür sind einmal der Kräftezuwachs, den die Marine dem Landheer bringt, zum anderen die freie Ostsee. Eine Aufgabe unserer Marine würde uns noch nicht berechtigen, unser Landheer auch nur um eine Kanone zu verstärken. Infolgedessen bedeutet die Marine einen unersetzlichen Kräftezuwachs. Auch die kleinste Flotte ist die beste Art des Küstenschutzes. Wieviel leichter ist infolge der neuen Kriegsmethoden der Kampf aus der Luft gegen Land und Landheer, als gegen einzelne schwimmende Schiffe. Die Marine dürfte in Zukunft berufen sein, wieder eine erhebliche Rolle zu spielen; sie ist eine starke Entlastung des Heeres. Der Minister verweist weiter auf den Wert der Flotte für die Aufrechterhaltung unserer Neutralität bei Konfliktfällen jenseits unserer Grenzen.

Unsere geographische Lage lasse den Fall zu, daß die Marine zur Aufrechterhaltung dieser Neutralität eine wichtige Rolle spielen könnte. Besondere Bedeutung könne sie auch haben, um eine ungehinderte Handelsschiffahrt zu sichern.

Der Minister weist darauf hin, daß der **Außenminister den Gedanken völlig ablehne, als ob der Bau des Panzerkreuzers eine Belastung unserer Außenpolitik darstelle.** Wenn die Marine aber Lebensberechtigung habe, dann müsse man ihr **auch die Lebensmöglichkeit geben und sie wenigstens in dem wirklich recht bescheidenen Rahmen des Versailler Vertrages erhalten.** Dazu gehöre in erster Linie **der Ersatz veralteten Materials.** Auch der vorzüglichste Schiffsbau falle der Altersschwäche anheim. Unsere ältesten Schiffe seien bereits bedeutend über 20 Jahre im Dienst, während unsere Vertragsgegner uns eine Höchstdauer von 20 Jahren zugebilligt hätten. Die „Hamburger Volkszeitung" und auch die „Rote Fahne" hätten den hohen militärischen Wert der 10 000-Tonnen-Kreuzer anerkannt.

Der Minister erklärt, daß er die deutschen Kommunisten in den Rüstungsfragen als nicht schlecht beraten anerkennen müsse (erneute Heiterkeit). Er untersucht dann, **welche Anforderungen an ein solches Panzerschiff zu stellen sind.** Von großen Seeschlachten im bisherigen Sinne werde in Zukunft nicht mehr die Rede sein. Die großen Verbände würden sich in mehr oder weniger große Gruppen auflösen, und man werde sich vor allem gegen Ueberraschungen zu sichern haben. **Unsere jetzigen Linienschiffe seien für die notwendige Zusammenarbeit mit den Kreuzern zu langsam. Ihre Konstruktion sei überholt. Der neue Typ erfülle alle an ihn gestellten Forderungen.** Er sei auf hohe Dauergeschwindigkeit konstruiert und befähigt, mit den Kreuzern taktisch zusammenzuarbeiten, sowie einem überlegenen Gegner rechtzeitig auszuweichen. Seine Kampfkraft sei den 10 000-Tonnen-Kreuzern weit überlegen, und er sei auch für Großkampfschiffe ein gefährlicher Gegner. Die Geschütze übertrafen an Reichweite unsere alten Linienschiffe um 12 Kilometer. Sie seien in der Lage, in der Minute das Dreifache der Geschosse zu versenden.

Wenn wir berücksichtigen, wieviele Millionen jährlich für die Unterhaltung der veralteten Schiffe ausgegeben werden, ohne daß damit viel erreicht wird, so muß man auch aus ganz nüchternen, wirtschaftlichen Ueberlegungen den schleunigen Ersatz der veralteten Schiffe erstreben.

Das Schiff wird auf den Deutschen Werken in Kiel in Angriff genommen, und es **werden dabei 3000 Arbeiter beschäftigt.** Würde der Bau abgelehnt, so würden dadurch 1500 weitere Arbeitslose auf die Straße gesetzt. **78 Prozent der Kosten des Schiffes, also 56 Millionen Mark, werden als Arbeitslöhne an die Bevölkerung zurückfließen.**

Die Gefechtsmoral der Besatzung wird untergraben, wenn die Besatzung weiß, daß sie sich auf einem veralteten Schiffe befindet. Landesverteidigung und wirtschaftliche Vernunft sprechen für den Ersatz der alten Linienschiffe. Ueberlegen Sie nochmals, ob Sie durch Ihr Votum die deutsche Marine erschüttern lassen wollen. Ich halte mich verpflichtet, dem Reichstage gegenüber klar zum Ausdruck zu bringen, daß ich in meiner Stellung als Wehrminister die Einstellung des Panzerschiffbaues nicht verantworten könnte. (Beifall.)

Von den Nationalsozialisten ist der Antrag eingegangen, daß im Falle der Annahme des sozialistischen Antrages die dadurch ersparten Mittel für Gas- und Luftschutz verwendet werden sollen.

Abg. Treviranus (Deutschnat.)

gibt zunächst einen **Rückblick über die Entwicklung,** die zum Antrag der Sozialdemokraten geführt hat. Der sozialdemokratische Antrag sei tatsächlich nicht ernst zu nehmen. Die sozialdemokratischen Minister hätten dem Druck der

SLUB Wir führen Wissen.